z. Zt. gültige Fassung	Änderungsentwurf
<p data-bbox="197 232 775 439">Satzung der Gemeinde Glandorf über Aufwandsentschädigung, Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall für ehrenamtlich Tätige</p> <p data-bbox="233 488 740 568">Neufassung vom 07.12.2016 incl. Änderungssatzungen</p> <p data-bbox="185 631 785 815">Aufgrund der §§ 10, 44, 54, 55 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 07.12.2016 folgende Neufassung beschlossen:</p> <p data-bbox="405 981 584 1048">§ 1 Allgemeines</p> <ol data-bbox="204 1084 785 1688" style="list-style-type: none"> 1. Die Tätigkeit als Ratsmitglied und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinde Glandorf wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet. Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen werden nur im Rahmen dieser Satzung gezahlt. 2. Eine monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat im Voraus gezahlt. Satz 1 gilt entsprechend für die monatlichen Fahrtkostenpauschalen. Die Sitzungsgelder nach Maßgabe dieser Satzung werden am Ende des 03., 06., 09. und 12. Monats eines Jahres gezahlt. <p data-bbox="268 1756 705 1890">§ 2 Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder und sonstige Mitglieder in Ratsausschüssen</p> <ol data-bbox="194 1921 746 2056" style="list-style-type: none"> 1. Ratsmitglieder erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag von 40,00 Euro. Außerdem erhalten sie für 	<p data-bbox="820 232 1398 439">Satzung der Gemeinde Glandorf über Aufwandsentschädigung, Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall für ehrenamtlich Tätige</p> <p data-bbox="951 488 1267 524">Neufassung 2021</p> <p data-bbox="807 622 1391 833">Aufgrund der §§ 10, 44, 54, 55 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am folgende Neufassung beschlossen:</p> <p data-bbox="1027 972 1206 1039">§ 1 Allgemeines</p> <ol data-bbox="829 1070 1401 1608" style="list-style-type: none"> 1. Die Tätigkeit als Ratsmitglied und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinde Glandorf wird grundsätzlich unentgeltlich geleistet. Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige ehrenamtlich tätige Personen werden nur im Rahmen dieser Satzung gezahlt. 2. Eine monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat im Voraus gezahlt, auch dann, wenn der Empfänger das Amt nur für eines Teil des Monats innehat. Satz 1 gilt entsprechend für die monatlichen Fahrtkostenpauschalen. <p data-bbox="890 1742 1327 1877">§ 2 Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder und sonstige Mitglieder in Ratsausschüssen</p> <ol data-bbox="817 1908 1369 2078" style="list-style-type: none"> 1. Ratsmitglieder erhalten als Aufwandsentschädigung einen monatlichen Pauschalbetrag von 40,00 €. Außerdem erhalten sie für die Teilnahme an Rats- und

die Teilnahme an Rats- und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld von 17,00 Euro. Der/Die Ausschuss- bzw. Ratsvorsitzende/r erhält das doppelte Sitzungsgeld, also 34,00 Euro. Die gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 NGO bei Ausschusssitzungen anwesenden Mitglieder des Rates erhalten kein Sitzungsgeld.

2. § 2 Abs. 1 Satz 2 gilt auch für Besprechungen, Tagungen und Besichtigungen, soweit sie der Rat oder der Verwaltungsausschuss als solche genehmigt.
3. Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder erhalten eine Sitzungsentschädigung von 25,00 Euro, höchstens jedoch 767,00 Euro im Jahresdurchschnitt.
4. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt 2,5 Stunden überschritten, wird den Mitgliedern des Gremiums ein weiteres Sitzungsgeld gezahlt, bei mehreren Sitzungen an einem Tage höchstens 2 Sitzungsgelder. Der/Die Ausschuss- bzw. Ratsvorsitzende/r erhält, wird eine Sitzungsdauer von 2,5 Stunden überschritten, nicht ein weiteres Sitzungsgeld, sondern lediglich einen Aufschlag von 8 Euro.
5. Außerdem erhält jedes Ratsmitglied für die Teilnahme an den Fraktionssitzungen, jedoch höchstens 15 im Jahr, ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 Euro.

§ 3

Aufwandsentschädigung der Stellv. Bürgermeister/innen und der Fraktionsvorsitzenden

1. Die stellv. Bürgermeister/innen erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 100,00 Euro. § 2 findet Anwendung.

Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld von 20,00 €. Der/Die Ausschuss- bzw. Ratsvorsitzende/r erhält **abweichend von Satz 2 ein Sitzungsgeld von 40,00 €**. Die gemäß § 72 Abs. 2 NKomVG bei Ausschusssitzungen anwesenden Mitglieder des Rates erhalten kein Sitzungsgeld.

2. § 2 Abs. 1 Satz 2 gilt auch für Besprechungen, Tagungen und Besichtigungen, soweit sie der Rat oder der Verwaltungsausschuss als solche genehmigt.
3. Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder erhalten eine Sitzungsentschädigung von 25,00 €.
4. **Unmittelbar hintereinander folgende Sitzungen gelten als eine Sitzung. Bei mehreren Sitzungen - gleich welcher Art -, die an einem Tag stattfinden, dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gezahlt werden.**
5. Außerdem erhält jedes Ratsmitglied für die Teilnahme an den Fraktions-**/Gruppensitzungen**, jedoch höchstens 15 im Jahr, ein Sitzungsgeld in Höhe von **20,00 €**.

§ 3

Aufwandsentschädigung der Stellv. Bürgermeister/innen, der Fraktions-/Gruppenvorsitzenden** und der **Mitglieder des Verwaltungsausschusses****

1. Die stellv. Bürgermeister/innen erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit **neben der Entschädigung nach § 2 eine zusätzliche** monatliche Aufwandsentschädigung von 100,00 €.

2. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 12,00 Euro pro Mitglied. § 2 findet Anwendung.

3. Sind die Fraktionsvorsitzenden länger als drei volle Kalendermonate an der Ausübung ihrer Ämter verhindert, erhalten ihre Vertreter vom 01. des dann folgenden Monats an für die Dauer der Vertretung die Entschädigung der zu Vertretenden. Während dieser Zeit ruht der Anspruch des Vertretenden.

§ 4

Aufwandsentschädigung der/des Gleichstellungsbeauftragten

Die/der Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Glandorf erhält für ihre/seine Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 200,00 Euro.

§ 4 a

Aufwandsentschädigung des/der ehrenamtlichen Jugendpflegers/Jugendpflegerin

Der/die ehrenamtliche Jugendpfleger/in erhält für seine/ihre Tätigkeit eine monatliche

2. Die **Fraktions-/Gruppen**vorsitzenden erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 12,00 € pro **Fraktions-/Gruppen**mitglied. § 2 findet Anwendung.

3. Die Mitglieder des **Verwaltungsausschusses** erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit neben der Entschädigung nach § 2 eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung von 15,00 €.

4. Sind die **stellv. Bürgermeister**, die **Fraktions-/Gruppen**vorsitzenden oder die **Mitglieder des Verwaltungsausschusses** länger als drei volle Kalendermonate an der Ausübung ihrer Ämter verhindert, erhalten ihre Vertreter vom 01. des dann folgenden Monats an für die Dauer der Vertretung die Entschädigung der zu Vertretenden. Während dieser Zeit ruht der Anspruch des Vertretenden.

§ 4

Aufwandsentschädigung der/des Gleichstellungsbeauftragten

Die/der Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Glandorf erhält für ihre/seine Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 200,00 €.

§ 4 a

Aufwandsentschädigung des/der ehrenamtlichen Jugendpflegers/Jugendpflegerin

Der/die ehrenamtliche Jugendpfleger/in erhält für seine/ihre Tätigkeit eine monatliche

Aufwandsent-
schädigung von 200,00 Euro.

§ 4 b
Aufwandsentschädigung des/der
ehrenamtlichen
Sozialarbeiters/Sozialarbeiterin

Der/die ehrenamtliche Sozialarbeiter/in erhält für seine/ihre Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 170,00 €.

§ 5
Fahrtkosten, Reisekosten, Fortbildung

1. Für Fahrten innerhalb der Gemeinde werden als Abgeltung der durchschnittlich entstandenen Fahrtkosten monatlich folgende Pauschalsätze gewährt:
 - a) an die stellv. Bürgermeister/innen 13,00 Euro
 - b) an die Fraktionsvorsitzenden 20,00 Euro.
2. Für Fahrten außerhalb des Gemeindegebietes in Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit erhalten die Ratsmitglieder, die nicht dem Rat angehörig sind, Ausschussmitglieder, die/der Gleichstellungsbeauftragte, der/die ehrenamtliche Jugendpfleger/Jugendpflegerin und der/die ehrenamtliche Sozialarbeiter/in eine Reisekostenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge wird auf Antrag eine Fahrtkostenentschädigung nach § 5 Abs. 2 des Bundesreisekostengesetzes gezahlt. Neben der Reisekostenentschädigung kommt die Zahlung von Sitzungsgeldern und Auslagen nicht in Betracht. § 6 findet Anwendung.
3. Abs. 2 gilt auch für die Empfänger/innen von Aufwandsentschädigungen nach den §§ 3 und 7.
4. Ehrenamtlichen Ratsmitgliedern werden für Qualifizierungsmaßnahmen zu ihrer Mitarbeit im Gemeinderat auf Antrag maximal 500,00 Euro pro

Aufwandsent-
schädigung von 200,00 €.

§ 4 b
Aufwandsentschädigung des/der
ehrenamtlichen
Sozialarbeiters/Sozialarbeiterin

Der/die ehrenamtliche Sozialarbeiter/in erhält für seine/ihre Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 170,00 €.

§ 5
Fahrtkosten, Reisekosten, Fortbildung

1. Für Fahrten innerhalb der Gemeinde werden als Abgeltung der durchschnittlich entstandenen Fahrtkosten monatlich folgende Pauschalsätze gewährt:
 - a) an die stellv. Bürgermeister/innen 13,00 €
 - b) an die Fraktions-
~~/Gruppen~~vorsitzenden 20,00 €.
2. Für Fahrten außerhalb des Gemeindegebietes in Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit erhalten die Ratsmitglieder, die nicht dem Rat angehörig sind, Ausschussmitglieder, die/der Gleichstellungsbeauftragte, der/die ehrenamtliche Jugendpfleger/Jugendpflegerin und der/die ehrenamtliche Sozialarbeiter/in eine Reisekostenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge wird auf Antrag eine Fahrtkostenentschädigung nach § 5 Abs. 2 des Bundesreisekostengesetzes gezahlt. ~~Neben der Reisekostenentschädigung kommt die Zahlung von Sitzungsgeldern und Auslagen nicht in Betracht.~~ § 6 findet Anwendung.
3. Abs. 2 gilt auch für die Empfänger/innen von Aufwandsentschädigungen nach den §§ 3 und 7.
4. Ehrenamtlichen Ratsmitgliedern werden für Qualifizierungsmaßnahmen zu ihrer Mitarbeit im Gemeinderat auf Antrag maximal 500,00 € pro Legislaturperiode

Legislaturperiode erstattet. Der Verwaltungsausschuss kann bei Bedarf jeweils eine andere Einzelfallentscheidung treffen. Zudem werden für die Qualifizierungsmaßnahme Fahrtkosten gem. Abs. 2 gewährt.

§ 6 Verdienstaufschlag

1. Ratsmitglieder und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstaufschlages, der ihnen durch die Teilnahme an den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse entsteht. Erstattungsfähig ist nur der nachgewiesene Verdienstaufschlag (entgangener Arbeitsverdienst, Einnahmeausfall bei selbständig Tätigen). Der Höchstbetrag des erstattungsfähigen Verdienstaufschlages wird für jede angefangene Stunde auf 10,00 Euro begrenzt.
2. Abs. 1 gilt auch für Besprechungen, Tagungen und Besichtigungen, soweit sie der Rat oder der Verwaltungsausschuss als solche genehmigt.

§ 7 Ortsräte, Ortsbürgermeister/in und Ortsvorsteher/in

1. Die Mitglieder der Ortsräte erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ein Sitzungsgeld von 25,00 Euro, höchstens jedoch 767,00 Euro im Jahresdurchschnitt.
2. Die Ortsbürgermeister/innen erhalten eine Aufwandsentschädigung von monatlich 45,00 Euro. Abs. 1 findet Anwendung.
3. Die Ortsvorsteher/innen erhalten eine Entschädigung in Höhe von Abs. 2.

erstattet. Der Verwaltungsausschuss kann bei Bedarf jeweils eine andere Einzelfallentscheidung treffen. Zudem werden für die Qualifizierungsmaßnahme Fahrtkosten gem. Abs. 2 gewährt.

§ 6 Verdienstaufschlag

1. Ratsmitglieder und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstaufschlages, der ihnen durch die Teilnahme an den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse entsteht. Erstattungsfähig ist nur der nachgewiesene Verdienstaufschlag (entgangener Arbeitsverdienst, Einnahmeausfall bei selbständig Tätigen). Der Höchstbetrag des erstattungsfähigen Verdienstaufschlages wird für jede angefangene Stunde auf 10,00 € begrenzt.
2. Abs. 1 gilt auch für Besprechungen, Tagungen und Besichtigungen, soweit sie der Rat oder der Verwaltungsausschuss als solche genehmigt.

§ 7 Ortsräte, Ortsbürgermeister/in und Ortsvorsteher/in

1. Die Mitglieder der Ortsräte erhalten für **die Teilnahme an Ortsratssitzungen ein Sitzungsgeld von 25,00 €. Satz 1 gilt auch für Besprechungen, Tagungen und Besichtigungen, soweit sie der Rat oder der Verwaltungsausschuss als solche genehmigt.**
2. Die Ortsbürgermeister/innen erhalten eine Aufwandsentschädigung von monatlich 45,00 €. Abs. 1 findet Anwendung.
1. Die Ortsvorsteher/innen erhalten eine Entschädigung in Höhe von Abs. 2.

§ 8

Erstattung von Kinderbetreuungskosten

Die durch Sitzungen von Gemeinderat, Ausschüssen und Ortsräten nachweislich entstandenen Kinderbetreuungskosten können in einer Höhe von 10,00 Euro je Stunde auf Antrag erstattet werden. § 1 Abs. 2 Satz 3 gilt analog.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung tritt rückwirkend zum 01.11.2016 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 19.12.2001 außer Kraft.

Glandorf, den 07.12.2016

(Siegel)

Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin

§ 8

Erstattung von Kinderbetreuungskosten

Die durch Sitzungen von Gemeinderat, Ausschüssen und Ortsräten nachweislich entstandenen Kinderbetreuungskosten können in einer Höhe von 10,00 € je Stunde auf Antrag erstattet werden.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung tritt rückwirkend zum 01.11.2021 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 07.12.2016 außer Kraft.

Glandorf, den

(Siegel)

Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin